

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen, sowie der Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gips- (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber: Johann Stangl, verantwortlicher Redakteur: Fritz Paepflow, Weide in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Postgebühren, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40. Anzeigen die dreispaltige Beizeile oder deren Raum 80 A. — Posttaxen Nr. 8116.

Redaktion und Expedition: Hamburg, St. Georg, Neue Brennerstraße 16, erste Etage.

Inhalt: Zum Weihnachtstfeste. Mißbrauch der Unfall-Statistik. Aus dem Reichstage. Zur Vertragsfrage. — Bau-gewerliches. — Aus unserer Bewegung. — Literarisches. — Briefkasten.

Ausgesperrt

sind die Verbandskollegen in Pommern.

Im Streik

befinden sich die Kollegen in Hlensburg, Zeterow, Neumünster und Langenfelde-Settlungen.

Sperren sind verhängt

Aber die Bauten der Unternehmer Karmeyer in Bielefeld, Seedorf in Bremerhaven, Häuser & Rod in Düsseldorf, Görge in Nowawes, Rod in Wandsbek und Flügge in Trier (Karlensbau).

Außerdem ist Jürgens fern zu halten für Stukkateure von Elberfeld, da über folgende Gesandte die Sperre verhängt ist: Pöhlmann, Schäfer, Lenz, Fleck, Güttmeißer, Kaiser, Nolte, Dehler, Karbach u. Klein.

Zum Weihnachtstfeste.

Religiöser Wahn hat dem Weihnachtstfeste den Inhalt gegeben, der es charakterisiert als „Fest der Christenheit“. Man begehrt es nach theologischem Dogma zur Erinnerung an die Geburt des Stilles der christlichen Lehre, Jesus von Nazareth. Das war ein Sproßling des verachteten und unterdrückten arbeitenden Volkes, ein Zimmermannssohn. In einer Zeit tiefer sozialer und politischer Verberberheit, als die alte Kulturwelt ihrer Auflösung mit Riesenschritten entgegen eilte, trat er als Reformator auf, das Evangelium von der Menschenliebe und der Gleichheit verkündend. Den Armen und Elenden wollte er ein Erlöser sein. Aber die Reichen und Mächtigen behandelten ihn als Hochverräther, als Rebellen gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung, als Unstörer. Er starb den gewaltigen Tod des „Verbrechers“. Dann hat frommer Wahn ihn als Heide seines reinen Menschthums genommen und ihn zum Gott erhoben, zu einem Wesen von übernatürlicher Herkunft. Die Theologie hat seiner Lehre sich bemächtigt und daraus das Dogmenystem konstruiert, das dem Menschen die Knechtschaft und das Elend auf Erden läßt und ihn hinweist auf die Freiheit, Gleichheit und Glückseligkeit im „besseren Jenseits“. Der Arme, der Unterdrückte soll alle Last und alles Unrecht hienieden gebuldig und demüthig als eine „Büßung der Gottselb“ tragen, damit ihm im Himmel der ewige Lohn dafür werde.

So hat das offizielle Christenthum, durchaus nicht in Uebereinstimmung mit den Lehren des Nazareners, der ein Reich des Friedens und des Glückes auf Erden, ein weltlich Reich unter der Herrschaft der Liebe und Gerechtigkeit wollte, nun schon achtzehn Hundert Jahre hindurch verkündet und nebenbei die Menschen ermahnt, im Geiste der christlichen Liebe „einander wohlzutun. Alljährlich ist an jedem Christfeste der Gesang wiederholt worden, der zuerst von Engelstypen erklingen sein soll: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“. Aber niemals bis jetzt ist die Menschheit des Friedens theilhaftig geworden; der Kampf zwischen Einzelnen, oder zwischen Klassen und Völkern ist ihr Loos geblieben. Die Liebe hat des Hasses

Herrschaft nicht zu überwinden vermocht. Immer noch führen entarteter Egoismus, Hochmuth, Herrschucht das Regiment. Frech erhebt die Rüge ihr Haupt wider die Wahrheit und privilegiertes Unrecht spricht der Gerechtigkeit das Urtheil.

Wie grausame Ironie klingt der Text: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ besonders auch in die Gegenwart hinein. Mit dem Wohlgefallen ist es immer schlecht bestellt gewesen. Woran könnten die Menschen in der heutigen Zeit ein Wohlgefallen haben? Eina mit Militarismus, der das Mark des Volkes verzehrt, an der ständigen Kriegsgesfahr, an der Zerrüttung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse? Wohl wir bilden, nirgends ist etwas zu finden, das auf die Herrschaft der Humanität, der Liebe und Gerechtigkeit schließen läßt.

Aber eine große Ersehnung bietet unsere Zeit, die den denkenden, im Geiste der wahrhaften Gerechtigkeit strebenden Menschen eine schöne und sichere Gewähr dafür ist, daß die Kulturwelt einer besseren Zukunft entgegen eilet. Das ist die Arbeiterbewegung. Wie zu des Nazareners Zeiten die Armen und Elenden die Träger des revolutionären Geistes, den Jener geoffenbart hatte, waren, so sind auch heute die Proletariermassen, erfüllt von den Ideen des demokratischen Sozialismus, die Macht, welche den Fortschritt verbürgt. Das arbeitende Volk ist der Riese, von dem der Dichter singt, daß er nicht wankt, „auf dessen Schultern, stark und breit, ein neuer Sanct Christophorus, über den tosenden Strom der Heiland Geist sich tragen läßt“.

Der Geist, er war noch immer der Menschheit Erläuterer vom Joch des falschen Wahnes und der Knechtschaft. Er hat Sklaventheten zerbrochen und Tyrannel gestürzt. Man mag ihn verkennen und verfolgen, seine Befehle mißhandeln — er ist unzertrennbar, der Geist, der, ausgehend im Bewußtsein des Menschthums, unablässig ankämpft gegen die Mächte der Finsternis und des Unrechts.

Was wollt Ihr mit eurer Friedenshoffnung zum Weihnachtstfeste, Ihr Frommen? Lasset alle Glocken und Regeln der Kirchen erklingen und singt in tausenden Jubelchören zur Feier der Geburt eures Heilands — Ihr überdöntet damit nicht den vielmillionenfachen Kampfruf, der wie Donner durch die Lande rollt, den Sturmruß der Arbeit nach Freiheit, Recht und Brot! Auf den Himmel, auf des „besseren Jenseits“ ewige Freuden läßt das Volk der Arbeit nicht mehr sich verweisen; es fordert sein volles, sein ganzes Menschenrecht; auf der Schwelle einer neuen Zeit stehend, proklamiert es die höhere Gerechtigkeit, die nicht Herren und Knechte kennt und allem sozialen Elend das Urtheil spricht.

Wie dieses Elend hineingreift in die Weihnachtstfreude! In wie viel Proletarierfamilien hält es an diesem Festtage ein an anderen Tagen des Jahres Wache! Wie vielen Eltern, die ihren Kindern nichts zu bieten vermögen als das larme Brot der Noth, oder nicht einmal Das, mag das Herz sich zusammenkämpfen beim Klange der Weihnachtsglocken! Ist doch Weihnacht vorzugsweise ein Fest der Kinder geworden; der Gaben der Liebe sollen sie gewährt sein. Aber die Liebe kann nichts geben, wenn ihr zur Seite die Armut und das Elend stehen — nichts als sich selbst.

Männer und Frauen des arbeitenden Volkes, wie larm auch die Festesfreude bei Euch sein möge, ja, bei wie vielen von Euch von solcher Freude überhaupt nicht

die Liebe sein kann — eine Genugthuung könnt Ihr Euch verschaffen: lehret eure Kinder hassen all das Unrecht, das ihre Arbeit Volk bedrückt; lehret sie die Wahrheit erkennen und lieben und lehret sie kämpfen für Freiheit und Gerechtigkeit; erfüllet sie mit dem Bewußtsein der Solidarität des Proletariats; verführet ihnen das Evangelium der neuen Zeit!

So gebet Ihr dem Weihnachtstfeste die rechte Weihe. Und Ihr selbst werdet dabei neuen Muth, neue Kraft gewinnen zur Ringen um ein besseres Loos. Das Evangelium der Erlösung durchbraut die Welt; daß es bald seine Erfüllung finde, wirtet Jeder und Jede von Euch mit als treues Glied der politischen und gewerkschaftlichen Organisation!

Mißbrauch der Unfall-Statistik.

Schon öfter hat man von verschiedenen Seiten den Versuch gemacht, festzustellen, wie die Unfälle in den gewerblichen Betrieben sich auf die Wochentage und Tageszeiten vertheilen und welche Ursachen für die Ungleichmäßigkeit dieser Vertheilung in Betracht kommen.

Derartige Statistiken und Untersuchungen an sich, als objektiver Beitrag zur Kritik der Unfallgefahr und als Fingerzeig zur besseren Unfallverhütung, sind gewiß anerkenntwerth. Aber in der Regel verbindet sich damit das verwerfliche Bemühen, die gewonnenen Fakten in tendenziöser und gefälschter Weise zu mißbrauchen, indem man sich bemüht, den Ursachen zu erwecken, die Arbeiter seien an der meisten Unfällen „selbst schuld“, sie führten dieselben durch Reiztheit, Unberuhm, Kränklichkeit u. selbst herbei.

In diesem Bemühen haben beinahe ausschließlich einige Gewerbe-Inspektoren und die Unfallversicherungs-Berufsgenossenschaften, besonders die des Baugewerks, sich hervorgethan. Schon häufig haben wir im Laufe der Jahre seit dem Bestehen der Unfallversicherung gegen solchen Mißbrauch der Statistik Stellung genommen.

Kürzlich nun ging die Mittheilung durch die Presse, der Gewerbe-Rath für Unterelb, Dr. Wolf-Strasburg, habe festgestellt, daß die meisten der angezeigten Unfälle am Montag und Freitag vorkommen, „weil am Sonnabend und Sonntag resp. Donnerstag die Zeitkühler gefüllt sind“, und daß am Dienstag die meisten Unfälle geschehen, „weil an keinem Wochentage die Wirthshäuser Wenden so leer sind, als Montags.“

Diese Art willkürliche Folgerung ist zwar recht hequem, aber Anspruch auf Zuverlässigkeit kann sie ganz gewiß nicht erheben.

Jetzt hat (in der „Baugewerks-Zeitung“ vom 8. Dezember) der Vorstand der Sektion I der Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft die Erfahrungen veröffentlicht, welche er bezüglich der Unfallhäufigkeit an den einzelnen Wochentagen und Tageszeiten im Berliner Hochbau-gewerbe gemacht haben will. Darnach sind in der Zeit vom 1. Oktober 1888 bis jetzt 82 668 Unfälle angemeldet. Von diesen haben 25 295 „statistische Verarbeitung“ erfahren, woraus sich folgendes Bild ergibt: Montag 18,7, Freitag 16,8, Donnerstag 16,2, Sonnabend 16,2, Mittwoch 16,8, Dienstag 16,6, Sonntag 1,1 vom Hundert.

Dazu macht der Berufsgenossenschaftsvorstand folgende Ausfahrungen:

Die Arbeitsstunden eines Tages sind im Berliner Hochbau-gewerbe nicht gleichmäßig mit Unfällen belastet, die meisten nach der Wesperrpause bis Feierabend bringen die größte Gefahr mit 87,6 vom Hundert, es folgen die Arbeitsstunden nach der Frühstücks-pause bis Mittag mit 23,5 vom Hundert, nach der Mittags-pause bis Wesperr mit 21,8 vom Hundert, vor der Frühstücks-pause mit 18,2 vom Hundert und von Abends 6 Uhr bis früh 6 Uhr 8,9 vom Hundert. Ganz augenfällig treten in der Tages-

mit der Zahlstellenverwaltung das Interesse für den Verband...

Die vorgeschlagenen Ausführungen des Kollegen Ostfing...

Die Kollege Th. Bus-Mannheim theilt zu dem Bericht aus...

Die Zahlstelle Mey hielt am 27. November ihre regelm...

Die Zahlstelle Witzmann beauftragte in ihrer Mitgliede...

Die Zahlstelle Witzmann beauftragte in ihrer Mitgliede...

Die Zahlstelle Witzmann beauftragte in ihrer Mitgliede...

Die Zahlstelle Witzmann beauftragte in ihrer Mitgliede...

Die Zahlstelle Witzmann beauftragte in ihrer Mitgliede...

Am 23. Nov. tagte in Köpenick eine gut besuchte öffentliche...

Die Zahlstelle Witzmann beauftragte in ihrer Mitgliede...

Die Zahlstelle Witzmann beauftragte in ihrer Mitgliede...

Die Zahlstelle Witzmann beauftragte in ihrer Mitgliede...

Die Zahlstelle Witzmann beauftragte in ihrer Mitgliede...

Die Zahlstelle Witzmann beauftragte in ihrer Mitgliede...

Die Zahlstelle Witzmann beauftragte in ihrer Mitgliede...

60 1/2 Stundenlohn gezahlt. Trozdem er die Kollegen aber...

Die Zahlstelle Witzmann beauftragte in ihrer Mitgliede...

Die Zahlstelle Witzmann beauftragte in ihrer Mitgliede...

Die Zahlstelle Witzmann beauftragte in ihrer Mitgliede...

Die Zahlstelle Witzmann beauftragte in ihrer Mitgliede...

Die Zahlstelle Witzmann beauftragte in ihrer Mitgliede...

Die Zahlstelle Witzmann beauftragte in ihrer Mitgliede...

Die Zahlstelle Witzmann beauftragte in ihrer Mitgliede...

Aus Domestrey, den 7. Dezember, fand im „Langenfelder Hof“ zu Langenfeld eine öffentliche Mauererbauung statt, in welcher folgender Bericht über den Stand der Lohnbewegung gegeben wurde: Es arbeiten zu den neuen Bedingungen bei 3 Mann, bei Wehrmann & Westmann 5, bei Schumacher 5, bei Meißner-Großhieb: 2. Obwohl aber letzterer zwei Kommissionsmitgliedern gegenüber erklärt hatte, daß er 60 A die Stunde zahlen werde, auch für jeden Maurer, den er neu einstellt, hat er doch ungesähr acht Tage darauf im Langenfelder Hof abgelehnt, daß er augenblicklich wohl 60 A die Stunde zähle, bewilligt habe er jedoch nicht. Lampe-Großhieb hat ebenfalls bewilligt; dort hiess es auch, er habe die Arbeit an einen Samsburger Meister begeben, als jedoch die Samsburger Kollegen kamen, fragten sie erst bei uns an, ob Lampe bewilligt habe, denn ihnen werde der Lohn von 60 A bezahlt. Lampe gab dann auch das Versprechen ab, für Maurerarbeiten im Bereich der Zählstelle 60 A pro Stunde zu zahlen. Es ließen somit nach die nicht bewilligt haben: Jäger, der augenblicklich keine Arbeiten am Orte hat; Weinmann, bei dem vier Wandarbeiter als „Arbeitswillige“ arbeiten, und Meißner-Großhieb, also sieben Mann sind, die horden schon auf dem Samsburger Kofenbau als „Arbeitswillige“ fungirt haben. Währen ist der Stand der Bewegung als sehr günstig zu bezeichnen. Von den mit in die Bewegung eingetretenen Kollegen ist keiner abtrünnig geworden. Bis auf Weiteres sind also die Bauten der Unternehmer Weinmann und Wellern gesperrt. Beschlossen wurde, sobald mit den Unternehmern in Unterhandlung zu treten, wenn diese den Zuzug äußern. Seitens der Gesellen soll jedoch keine Unterhandlung nachgedacht werden. In der Besammlung wurde auch geklagt über unsehrliche Verhältnisse der Zimmerer auf dem Bau der Delfabrik. Die Zimmerer haben die ersten Träger verlegt, eine Arbeit, die die Arbeiterleute verweigern hatten; andererseits war man auch mit dem Verhalten der Bauarbeiter nicht zufrieden.

Aus Hensburg wird uns geschrieben: Die Unternehmer sind noch immer auf Hensburg, im Streitbrecher herangezogen, was ihnen auch dann und wann glückt. Dagegen brachte der bekannte Schulz 5 Mann aus Berlin mit, die sich sogar als Verbandsmitglieder entpuppten. Drei haben stehen sich auf Kosten der Streitklasse wieder nach Berlin befördert, während die übrigen zwei ihre „Arbeitswilligkeit“ nicht bezeichnen konnten. Im Ganzen arbeiten 60 Streitbrecher als Maurer, 46 Kollegen arbeiten zu den neuen Bedingungen und 19 befinden sich als Streikende am Orte. Die Unternehmer sind nun bereit gegangen, ihre „Arbeitswilligen“ zu organisieren; 15 Maurer-Meister und 20 „Arbeitswillige“ haben einen „Kofalverein der Maurer Hensburg“ gegründet. Zu welchem Zwecke, ist uns noch nicht bekannt geworden. Mehr als eine Vereinsfeier kann es ja nicht sein. Und die Streikenden dürften sich auch dann durch dies „Ereignis“ schreden lassen.

Ueber den Terrorismus der Unternehmer, Fabrikanten &c., wie er sich durch Materialsperrre auch in Hensburg bemerkbar macht, haben wir schon des Ofteren berichtet; jetzt sind wir auch in der Lage, den Beschlag der Ziegelfabrik und Materialhändler, wie er in nachfolgenden Briefen an die in Betracht kommenden Materialhändler in Schleswig-Holstein und Hannover zum Ausdruck kommt, weiter zu verbreiten.

Hensburg, im November 1898.

P. P.

Die Hensburg vielleicht bekannt ist, herrscht in Hensburg seit dem 7. Mai d. J. ein Tischlerstreik, seit dem 9. Mai ein Zimmererstreik, seit dem 2. Juni ein Maurerstreik. Die beteiligten Maurer, Zimmerer, Tischler und Steinhauermeister Hiesiger Stadt haben nun die Forderung der Gesellen als eine sehr unbedeutende angesehen, da dieselbe nicht den hiesigen Verhältnissen entspricht, vielmehr erklart, daß dies nur als eine Machfrage zu bezeichnen ist.

In diesem Kampfe erheben die Meister die Unterstützung der Mitglieder, und speziell richten dieselben an uns die Bitte, solchen Unternehmern und Bauherren, die jetzt noch während des Streiks bauen und streikende Gesellen beschäftigen wollen, kein Material, weder Steine, Kalk noch Holz, zu verabfolgen.

In einer Versammlung der Beteiligten Ziegeler, Vereinigten Kaufmannen, Baumaterialien- und Eisenhändler am 21. Juli d. J. wurde der entsprechende Beschluß gefaßt:

Diejenigen Ziegeler, welche die Forderungen der Gesellen ganz oder auch nur zum Theil bewilligt haben, für eigene oder fremde Rechnung ausgeführt werden sollen, abzulehnen, einzeln, ob die Unternehmer oder Bauherren als Käufer auf treten.

Es ist für Sie, wie überhaupt für Jeden, der mit dem Bauhandwerk in Verbindung kommt, hoch nur von Nutzen sein kann, daß dieser Streik nicht zu Gunsten der Gesellen ausfällt, so möchten wir Sie freundlichst bitten, Maurer keine während des Streiks nicht und Hensburg zu verkaufen, falls zu diesem Zwecke Anfragen an Sie ergäben sollten, denn diese Steine werden eben nur für solche Bauten Verwendung finden, an denen streikende Gesellen arbeiten.

Sie werden gewiß mit uns der Ansicht sein, daß es nur Nutzen kann, wenn diese Machfrage zu Gunsten der Arbeiter entschieden wird, worauf wir sicher rechnen dürfen, wenn nicht von anderer Seite Material, besonders Ziegeler, geliefert wird. In der Ueberzeugung, daß Sie uns in diesem Sinne unterstützen werden, verbleibe ich

Respektvoll Ziegeler und dem Sündenbock,

A. M. K. Hofnung.

Großhieb'sches Hensburg.

Insfern, dein Name ist Ziegelermeister, so könnte man ausfragen, bei dem besten dieser den Ausschlag über die Machfrage. In den Mägen der Unternehmer, Ziegelermeister &c. muß eine geradezu unheilbare Verwirrung herrschen, sonst wäre es undenkbar, daß sie den Arbeitern etwas zur Last legen, was sie selbst (die Unternehmer) hervorgerufen und in den Vordergrund gestellt haben. Denn zur Machfrage wird der Streik hauptsächlich durch das auf Wunsch der Bauunternehmer beschlossene Vorgehen der Ziegelermeister und sonstiger Materialhändler. Die Handlungsweise dieser Menschen qualifizirt sich genau so, wie wenn die Maurer beschließen und durchführen würden, daß der und jener Ziegeler bearbeitet wird keine Steine, für diese und jene Grundstücksbesitzer oder -Spekulantem bauen wir überhaupt keine Häuser, wenn sie auf eine

bestimmte Gesellschaftsklasse von der Aufnahme ihrer Arbeit ausschließen wollen. Eine derartige Kampfweise zu üben ist aber den Streikenden niemals eingefallen; für sie handelt es sich nur um eine geringe Mehrverwertung ihrer Arbeitskraft, und nur der Unterhand und der Vorgesetztheit der Unternehmer können es fertig bringen, den Streikenden das Mitsprechen der Machfrage zuzulassen. Die Herren dürfen sich aber auch nicht all zu sehr wundern, wenn die Arbeiter gelegentlich die Konsequenzen aus dem Vorgehen der Händler &c. ziehen. Die Maurermeister und das sonstige Material, das trotz des Ziegelerstreiks den Streikenden resp. der Unternehmern, die bewilligt haben, zur Verfügung steht, dürfte auch nach Beendigung des Streiks, der unter allen Umständen mit dem Siege der Maurer enden muß, den Maurern in angenehmer Erinnerung bleiben.

Die Zahl der Streitbrecher in Neuminster betrug in der verfloffenen Woche 63, darunter ist auch eine Kolonne Berliner Arbeiter, welche in den Kaminen der inneren Zug anfertigen. In den neuen Bedingungen arbeiten 29 Kollegen und zu unterstützen sind 11, die Umstände hätten nicht abreden können. Sonst laufen noch immer Aufträge um Ueberweisung von Maurern beim Streitkomitee ein. An eine Beendigung des Streiks ist hier ebenso wenig zu denken wie in Hensburg, wenn nicht die Unternehmung ganz bedeutende Zugeständnisse machen. Am meisten zu bedauern sind die Befränger, die nun schon während des ganzen Sommers von einem Bau zum anderen gelangt worden sind und noch eigenen Subdistanz darauf loszustehen müssen; denn wenn sie mitunter noch „Geld“ zu Hilfe hatten, so waren diese nicht die Fehler. So übermäßig schlechte Bauarbeit ist denn auch noch niemals in Neuminster geliefert worden als in diesem Jahre.

Aus Trier wird uns berichtet, daß auf dem Kasernenbau (den wir des Ofteren in unserem „Arbeitsmarkt“ bezeichnet hatten) Differenzen ausgebrochen sind. Die dort arbeitenden Maurer hatten drei Kollegen beauftragt, bei dem Unternehmer Fügung ein Forderungsbuch (45 A) und Verzichtung einer weiteren Anzahl Stunden vorzulegen zu lassen. Diese drei Kollegen wurden gemobbt. Darauf legten 81 Maurer die Arbeit nieder. Zuzug ist also fast zu halten.

Differenzen haben die Wandarbeiter Kollegen mit dem Unternehmer K. d. Stämmische Bauten befallen sind gesperrt.

Stuttarten.

Die Kollegen werden vor Arbeitsaufnahme bei der Detmolder Stadfabrik Albert Kauermann gewarnt. Die Firma hat in Detmold selbst wenig oder gar keine Arbeit. Die Arbeiter müssen sehr oft ihren Arbeitsort wechseln; Meißelgevierter Kasse wird von der Firma verweigert. Wenn aber neu eintretende Arbeiter dies nicht vorher ausdrücklich abmachen, wird auch unter Umständen das Meißelgevierter nicht gezahlt. Seit ist der Lohn von 4.6-7 auf 4.5-6 verfallen. „Geldarbeit“, die nach dem Dresdener Tarif mit 1.1 bezahlt wird, will 2. mit 60 A bezogen. Schlämme Zustände herrschen hauptsächlich auf den Bauten in Byemont.

Aus Kopenhagen.

Vom Kopenhagener Maurerfachverein ist uns letzter Zeit als Bemerkenswerth zu berichten, daß im November zwei Generalversammlungen stattfanden. Hiermit sind die Mitglieder im Sommer sonst nicht so sehr beschäftigt worden, denn die vorhergehende letzte Versammlung fand Mitte August statt. Die am 18. November stattgehabte, von circa 200 Mitgliedern besuchte Versammlung war hauptsächlich zu dem Zwecke einberufen, um über die Antwort der Meister auf die im Monat Juni an sie gerichteten Forderungen zu beraten. Der Vorsitzende konnte jedoch nur der Versammlung die Mitteilung machen, daß trotz wiederholten Drängens noch keine Antwort entworfen sei. Es wurde denn auch diese Angelegenheit bis auf Weiteres vertagt. Hierauf wurde noch hervorgehoben, daß zwei deutsche Schmornmaurer aus Elberfeld und Barmen, welche hier 3 Zt. arbeiten, sich dem Vorstande gegenüber nicht genugsam fühlten, sich zu legitimieren, sondern es für genügend hielten, zu erklären, daß sie im Deutschen Zentralverbande der Maurer seien. Da dieses angenommen wurde, daß diese Maurer unter den hier thätigen Preisen arbeiten, wurde besonders auf sie aufmerksam gemacht.

Die am 28. November stattgehabte, von circa 600 Mitgliedern besuchte Generalversammlung hatte Gelegenheit, sich mit dem in vorhergehender Versammlung verbotenen ersten Punkt näher zu beschäftigen. Vom Vorsitzenden wurde berichtet, daß durch ein Schreiben der Meister die bestehende Lohnkommission zum 24. November zu einer Sitzung eingeladen worden sei. In dieser Sitzung wurde der Kommissionsmitglied von der Meisterkommission erklärt, daß die Meister den bestehenden Lohnsatz auf drei Jahre verlängern wüßten und sie (die Meister) sich nicht auf weitere Verhandlungen einlassen würden. Alle Versuche der Kommissionsmitglied, Karzungen, daß die Hauptforderungen: Gleichstellung des Lohnes (welcher jetzt mit 4,40 Kronen auf Neubauten und 3,80 Kronen auf Hilfsarbeit im Preisfaktant bezeichnet wird) und 9stündige Arbeitszeit (jetzt zehn Stunden), nur prinzipielle seien, da alle Meister ja schon einen höheren Lohn zöhlen, konnte die Meister nur bezug lassen, anzuerkennen, daß sie schon jetzt einen Durchschnittslohn von 6 Kronen bei Hilfsarbeit pro Tag bezöhlen, jedoch sich absolut auf keine Verhandlung einlassen würden.

Von allen Mitgliedern in der Versammlung wurde dieses Verhalten der Meister gemißbilligt und gefordert, wenn irgend möglich, die Meister zur Verhandlung zu zwingen.

Beschlossen wurde jedoch, sich an den zusammenwirkenden Fachverband Dänemarks, (welchem die Gesellenorganisation der Maurer angehört) eventuell im Streitfall unterstellt ist, zu wenden, mit dem Geschied, sich mit dem Arbeiterfachverbande Dänemarks (welchem die Meisterorganisation der Maurer angehört, eventuell im Streitfall unterstellt ist), in Verbindung zu setzen und eventuell über nachstehende Forderungen Beschluß zu fassen:

- 1. Abschaffung des Klassenlohnes; 2. 8stündige Arbeitszeit im Sommer; 3. Streichung zweier Paragraphen im Preisfaktant; 4. einjährige Verlängerung des Lohnsatzes mit dreimonatlicher Rindigung.

Der Vorsitzende des dänischen Maurerverbandes, Rasmussen, welcher Vertreter der Maurer sein, zusammenwirkenden Fachverband ist, theilte jedoch noch mit, daß der zusammenwirkende Fachverband hierauf schon vorbereitet sei und nun, da der Beschluß gefaßt, schon am anderen Morgen, also am 29. November, eine Sitzung abhalten werde. Wie sich die Streitfrage weiter entwidelt, muß abgewartet werden. S. A.

Aus unserer Bewegung.

Die Zählstellenverordnungen derjenigen Orte, wo italienische Berufsgeusen in größerer Zahl arbeiten, werden auf die italienische Arbeiterzeitung „L'Operaio Italiano“ aufmerksam gemacht. Die Einführung und zuverläßige Verbreitung dieses Blattes unter den italienischen Maurern und Bauarbeitern ist unter allen Umständen wünschenswert. Bestellungen sind an die Expedition des „Grundstein“ zu richten.

Die Nr. 14 des „L'Operaio Italiano“ wies auf die Nr. 51 des „Grundstein“ zum Bezug kommt, hat folgenden Inhalt: Weibhändler! — Weibhändler in Italien. — Augenblick für Frauenarbeiter. — Generalversammlung der Sinfaccare. — Für die Amnistie. — Antwort der Kammer auf die Thronrede. — Antianarchistische Konferenz. — Die deutsche Thronrede. — Lohn- und Streitbewegung. — Unglücksfälle auf Bauten. — Beschäftigung von Jns und Auslande.

Der „L'Operaio Italiano“ erscheint alle 14 Tage aufwärts in der Postzeitung unter Nummer 0, 92 eingetragener und kostet im Jahresabonnement von Quartal 75 A. Der Zentralverband der Maurer liefert seinen Abonnenten nicht nur die für die italienischen Mitglieder notwendigen Exemplare kostenlos, sondern auch eine entsprechende Anzahl Exemplare zur Agitation.

In Rücksicht auf die Gefahr, daß italienische Maurer in immer größerer Zahl nach den Streitorten als Streitbrecher gezogen werden, ist es dringendes Verlangen des Verbandsmitglieder, die Verbreitung des Blattes unter den Italienern energisch in die Hand zu nehmen. Je nachdem der süddeutschen Kollegen möchten wir uns Herz legen, daß ihnen in dieser Beziehung ein weites Agitationsfeld offen steht.

Zum Verbandstage.

Die Zählstelle Oehrschaufen und Mäffen i. S., wo sich Einzelnmitglieder befinden, sind bei Aufstellung der Wahlabschlüsse übersehen. Oehrschaufen wählt in Wahlabschlüsse 109 und Mäffen in Wahlabschlüsse 146.

Als Kandidaten zum Verbandstage

- ind vorgeschlagen:
- Für die 4. Wahlabschlüsse von Stehoo Kollege Chr. Brück.
- Für die 5. Wahlabschlüsse von Garben Kollege Müller und von Kiel Kollege Kästner.
- Für die 6. Wahlabschlüsse von Grebezmühlen Kollege Thymann-Adler.
- Für die 14. Wahlabschlüsse von Geile Kollege Stutenbach.
- Für die 20. Wahlabschlüsse von Gafel Kollege R. Böcher.
- Für die 26. Wahlabschlüsse von Uedermünde Kollege Reu.
- Für die 29. Wahlabschlüsse von Wredow Kollege Max Scherwin.
- Für die 31. Wahlabschlüsse von Coeslin Kollege Reuenfeld.
- Für die 40. Wahlabschlüsse von Neufatz Kollege Geirr. Jacher.
- Für die 44. Wahlabschlüsse von Schwiebes Kollege Ferd. Schlegelgard.
- Für die 60. Wahlabschlüsse von Wittenerge Kollege Karl Schmidt.
- Für die 69. Wahlabschlüsse von Muggabensleber die Kollegen Carl Gladow und Wilh. Reueuau.
- Für die 84. Wahlabschlüsse von Sangerhausen Kollege Carl Winternagel.
- Für die 96. Wahlabschlüsse von Wesse Kollege Becker I.
- Für die 101. Wahlabschlüsse von Dortmund Kollege Karl Bahwald.
- Für die 131. Wahlabschlüsse von Pforzheim Kollege W. Müller.
- Für die 138. Wahlabschlüsse von Schwabach Kollege Gg. Rietzger.
- Für die 146. Wahlabschlüsse von Wittweba Kollege Max Seidewitz.

Der Geschäftsführer der Medienberufenden Agitationskommission hatte zum Sonntag, 27. November eine Konferenz nach Göttingen einberufen mit der Tagesordnung: 1. Die Agitation im Allgemeinen. 2. Tätigkeitsberichte der Subkommission. 3. Beschäftigung.

Berieten war die Kommission über die Thormann und Lihno, Mostek durch Engelstedt und Schönfeld; Schurwin durch Reimer und Hinge, Straßburg durch Schurmeister und Terevov durch Waad. Als Vertreter des Generalbevollmächtigten fungirte J. G. Fillinge-Hamburg, wählend Göttinger durch Schulz vertreten war.

Nachdem der Vorsitzende J. Thormann eine Uebersicht über die bisherigen Erfolge der Agitation gegeben, erfolgte eine eingehende Diskussion, an welcher alle Delegirten theilnahmen. Hervorgehoben wurde von allen Rednern, daß noch sehr viel gethan werden müsse, um alle Kollegen den Verbande zuzuführen. Eine leichte Arbeit sei dies zwar nicht, denn das Internationismus lasse keine Gelegenheit vorübergehen, um seine wichtigste Aufgabe die Macht den Kollegen gegenüber in Anwendung zu bringen. Aber auch manche Behörden stellen sich der Weiterentwicklung unserer Organisation hemmend in den Weg. So berichtete z. B. der Straßburger Delegirte, daß dem Einberufen einer öffentlichen Mauererversammlung in Bergen auf Mühen von dortigen Bürgermeistern entgegengekommen, einen Eid zu leisten darüber, daß er im Stande sei, eine öffentliche Versammlung zu leiten.

Ferner wurde ausgeführt, daß im Winter die geeignetste Zeit zum Agitieren sei. Die Agitation wiesse da, wo es irgend angebracht erscheint, mündlich betrieben werden, da die schriftliche nicht den gewünschten Erfolg habe. Es wurde besonders von Kollegen Göttinge darauf hingewiesen, daß in denselben Orten, wo noch keine Vereinigung unter den Kollegen besteht, ansetzen gemacht werden müsse, wie die Versammlungen zu leiten seien, die Wähler zu führen sind, und wenn keine Kollegen vorhanden sind, welche die Geschäftsführer zu leiten befehlen, so seien Hilfsagitatoren zu wählen, welche mit den zunächst gelegenen Zählstellen abzuordnen und die Verbreitung des Proglattes zu übernehmen haben, sowie durch öfteren persönlichen Verkehr

und mehr hohen Verbindeten Ueberzeugung die unabweisbare Pflicht der Staatsgewalt. Hierzu reichen aber die bestehenden Strafbestimmungen nicht aus; sie bedürfen deshalb der Erweiterung und Ergänzung. Dem Zweck entspricht ein Gesetzentwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitserwerbsverhältnisses, welchem Sie, wie ich zuversichtlich annehme, Ihre Zustimmung nicht verweigern werden.

Eine gründliche Kritik dieser Vorlesung wird sich selbstverständlich erst dann ableiten lassen, wenn der Gesetzentwurf im Wortlaut vorliegt, was jedoch nach obigen Ausführungen nur ersten Abschnitt der Session kaum der Fall sein dürfte. Doch wollen wir hier gleich die Aufmerksamkeit unserer Leser auf die Missam Bedenken im zweiten Teile lenken, wo das Recht zu arbeiten und von seiner Arbeit zu leben als höchstes Recht dem Koalitionsrecht gegenübergestellt wird. Diese Wendung beruht auf völlig irrthümlicher Auffassung der Bedeutung des Koalitionsrechts. Dasselbe ist nicht als Gegenpart des Rechtes zu arbeiten und von der Arbeit zu leben, zu denken; es ist vielmehr ein integrierendes Theil dieses Rechtes. Das Koalitionsrecht dient dem Zwecke, die Arbeiter in den Stand zu setzen, bei ihrer Arbeit eine menschenwürdige Existenz zu führen, bei ihrer Arbeit eine menschenwürdige Behandlung zu erfahren, überhaupt ihr Recht zu arbeiten, so zu gestalten, daß sie nicht willkürlich dem kapitalistischen Profitinteresse nachgegeben oder gar ganz aufgehoben werden kann. So wird es demnach das Recht zu arbeiten und von der Arbeit zu leben sowohl seitens des Unternehmerthums wie seitens der Leistungen der Arbeiter Betriebe denjenigen Arbeitern, die Gewährung machen von ihrem Koalitionsrecht geradezu abgesprochen. Man schlägt folche Arbeiter von der Arbeit aus, erklärt sie in Verzug, läßt sie die Hungerpeinliche fühlen, weil sie der Willkür des Unternehmerthums ihre Gleichberechtigung entgegenstellen. Der Kapitalismus fragt nicht danach, ob durch seine Ausbeutungspraktiken das Recht zu arbeiten für ungenügende Zahlende illusorisch wird, ob der Arbeiter im Stande ist, von seiner Arbeit zu leben, d. h., nach vernünftigem Begriffe eine menschenwürdige Existenz zu führen. Nur mit Hilfe des Koalitionsrechts können die Arbeiter jenseit nacheinander Recht sich wahren, das aus der Arbeit fließt, das Recht zu leben.

Es wird sich nach Berücksichtigung des Entwurfes feststellen lassen, in wie weit derselbe diesen Begriff und Zweck des Koalitionsrechts ungenügend läßt. Die kapitalistische Presse ist über den ungenügenden Nachweis der Thronrede hoch erfreut. Welche Erwartungen sie an den Gesetzentwurf knüpft, wissen unsere Leser. Gest es nach dem Unternehmerthum, so fließt das Koalitionsrecht lediglich auf dem Papier bestehen, um durch eine Reihe von Strafbestimmungen faktisch aufgehoben zu werden.

Weder ist die Zusammenziehung des neuen Reichstages eine solche, daß man wohl Anlaß hat, mit mancherlei Beschränkungen in die Zukunft zu blicken. Das Centrum ist die härteste Fraktion (108 Mitglieder) geblieben; es sitzt im Bunde mit den Konfessionslosen, Nationalliberalen und Antiklerikalen eine reaktionäre Majorität von höchst bedenklicher Art. Es hat ein Interesse daran, immer mehr Regierungspartei zu werden; und man darf sich darauf verlassen, daß es in einer ganzen Reihe von Punkten, auch bei der Budgetausgleichsfrage, der Regierung möglichst weit entgegenkommen wird.

Von den Vorlesungen, die den Reichstag zunächst beschäftigen werden, nimmt der Reichshaushalt den ersten und bedeutendsten Interesse, dessen in Anspruch, weil in demselben der Nation allerlei neue Belastungen zugebracht sind. Die neuen Ansprüche des Militarismus werden ein Defizit von rund 90 Millionen Mark zur Folge haben, zu dessen Deckung eine Anleihe aufgenommen werden soll. Solche Anleihen sind für allerdings den Kapitalisten immer sehr willkommen, weil sie Gelegenheit zu profitablen und sicheren Kapitalanlage bieten; für das arbeitende Volk aber bedeuten sie keine Gunst.

Die Gegner des reaktionären Regiments, in erster Linie die Sozialdemokraten, werden im Verlaufe der Session mannigfaltige und reichlich Gelegenheit haben, für die bedrohten Volksinteressen einzutreten. Die sozialdemokratische Fraktion wird sich nicht darauf beschränken, zu den einzelnen Regierungsvorlagen energig Stellung zu nehmen, sondern wiederum, wie in früheren Sessionen, mit Initiativ-Anträgen hervortreten. Darunter sind die Anträge auf obligatorische Einführung des Arbeiterversicherungsgesetzes, auf Einführung eines Reichsausschusses für die Bekämpfung der Gewerbe-Inspektion. Bei letzterem Punkte dürfen die bekannnten Forderungen der hängewerblichen Arbeiter, betreffend Beteiligung derselben an der Kontrolle der Baubetriebe, gehörende Berücksichtigung erfahren.

Am den Mißbrauch, der mit dem Paragrafen, betreffend den groben Unfug, von Polizei und Justiz seit Jahren getrieben wird — ein Mißbrauch, den ja auch die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation schwer zu empfinden hat — zu begehen, wollen die Freisinnigen beantragen, diesem Paragrafen nachfolgende Fassung zu geben: „Wer durch Verungung von Barm oder ähnliche unersetzliche in die Sinne fallende Handlungen die öffentliche Ruhe in ungebührlicher Weise stört“.

Die Nationalliberalen wollen folgenden Antrag einbringen: „Nationalliberalen Vereine jeder Art dürfen sich einander in Verbindung treten. Entgegengegesetzte landesrechtliche Bestimmungen sind aufgehoben.“

Der Antrag ist dem Reichstage schon einmal angenommen worden. Aber der Bundesrat hat ihn nicht akzeptiert. Auch jetzt wird er wieder Annahme finden mit keinem besseren Erfolge.

Die Centrumsfraktion hat ihre früheren Anträge, betreffend die Berufsbereine wiederholt und weiter einen Antrag, betreffend die Gründung von Arbeiterkammern, eingebracht. Letzteres Projekt haben wir bereits besprochen, wir werden jedoch noch auf dasselbe zurückkommen.

Das Hauptinteresse dürfte sich auf die Budgetausgleichsfrage konzentriren. In parlamentarischem Sinne hat man die Eventualität einer Reichstagsauflösung für den Fall der Ablehnung dieser Vorlage als nicht ausgeschlossen, zumal dieselbe der persönlichen Initiative des Reiches entsprechende ist. Ebenfalls werden die budgetlichen Debatte den sozialdemokratischen Rednern Anlaß geben zu

gründlicher Erörterung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit.

Nachdem der Reichstag am Mittwoch die Wahl des Präsidiums (Graf Vasseström, Centrum, Präsident, der Kaiserliche Dr. v. Frege, erster und der Freisinnige Schmidt-Eberfeld zweiter Vizepräsident) vollzogen hatte, verließ er sich bis Montag, 12. Dezember, um alldem die Geschäftsverteilung in Angriff zu nehmen. Auch diese Debatte, welche eine gründliche Kritik der unversöhnlichen Verhältnisse ermöglicht, dürfte sich sehr lebhaft und interessant gestalten.

Zur Beitragsfrage.

Die in Nr. 49 von Nordhausen gedruckte Mittheilung, wonach die Zahlstelle sich für Beibehaltung der jetzigen Beitragshöhe erklärt und zwar für 44 Wochen, unter Verbleib von 20 pSt. am Orte usw., ist nicht als die Gesamtmeinung der dortigen Kollegen aufzufassen, sondern diesen Standpunkt hat nur der Kollege Fr. Bonner vertreten. Auf Wunsch des Kollegen Kommer bringen wir diese Mittheilung.

Weder die geplante Beitragserhöhung sprachen sich alle Mitglieder in einer Versammlung der Zahlstelle Vorkammern sehr abfällig aus; es wäre höchstens eine Erhöhung um 6 s eintraten, wenn der Streikfondsbeitrag in Wegfall komme. Kollege Ludwig weist zahlreich nach, daß die Kollegen, welche einen Durchschnittslohn von pro Woche 15 M. erhalten, einen jährlichen Beitrag von M. 10 leisten (40 Wochen à 15 s wöchentlich und 10 s Streikfondsbeitrag). Dagegen zahlen die Kollegen bei einem Verdienste von 20 M. durchschnittlich M. 12 und die Kollegen mit einem Durchschnittslohn von M. 24 M. 15 jährlich an Beitrag. Rechnet man nun eine Gesamtmitgliedszahl von 80 000 und davon in jede der drei Beitragskategorien ein Drittel, so ergibt dies eine jährliche Einnahme von M. 740 000. Dabei ist aber noch zu berücksichtigen, daß die Kollegen in einigen Städten erheblich mehr als M. 15 jährlich zahlen, wie dies z. B. in Leipzig der Fall ist, wo die Kollegen M. 28 zahlen. Und weiter ist in Betracht zu ziehen, daß die Mitgliedszahl des Verbandes circa 78 000 beträgt, aber nur 60 000 in Verwendung gezogen sind. Kollege Ludwig kommt zu dem Schluß, daß demnach die Netto-Einnahme für die Hauptkasse von M. 740 000 zu verzeichnen sein würde. Er empfiehlt, dafür einzutreten, daß der Beitrag um 6 s erhöht und 80 Prozent an die Hauptkasse abgeführt werden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (Die Berechnung des Kollegen Ludwig hat ein Loch. Er hat die Mitgliedszahl des Verbandes um mindestens 10 000 zu hoch angesetzt. Auch seine Annahme, daß 20 000 Mitglieder einen jährlichen Beitrag von 10 M., 20 000 einen solchen von M. 12 und 20 000 einen solchen von M. 15 zahlen, dürfte nicht richtig sein. Wenn er sich weiter darauf beruft, daß in Leipzig erheblich mehr als M. 15 gezahlt werden, so ist andererseits auch darauf hinzuweisen, daß sehr viele Kollegen nur wenig oder garnicht zum Streikfonds gezahlt haben. Die Jahresabrechnung wird es ja zeigen. D. Red.)

Die Mitglieder in Meerane beschloßen, für eine Erhöhung der Beiträge einzutreten und zwar besteht, daß bis zu einem Tagelohn von M. 3,50 ein Wochenbeitrag von 25 s, bei einem Tagelohn von über M. 3,50 ein Wochenbeitrag von 35 s zu erheben ist. Die Beiträge zum Streikfonds sind in Wegfall zu bringen. Ferner sollen der Hauptkasse anstatt wie bisher 75 pSt. der Einnahmen nunmehr 80 pSt. überwiesen werden.

In einer Mitgliederversammlung der Zahlstelle Aftenburg wies Kollege Geier. Schmidt darauf hin, daß bei einem wöchentlichen Beitrag von 25 s Aussticht vorhanden sei, die ungeringer Organisation noch fernestehenden Kollegen mit heranzuziehen. Es sei also die Einführung dieses Beitragsjahres zu empfehlen, umsonst, als dadurch allein durch unsere Zahlstelle circa M. 8000 jährlich aufgebracht würden. Kollege Döring beantragt, dem Verbandstage einen Antrag zu unterbreiten, nach welchem die Beiträge nach folgender Scala festzusetzen sind. Der Beitrag soll betragen bis zu 35 s Stundenlohn 20 s, bis 40 s Stundenlohn 25 s, bis 45 s Stundenlohn 30 s, bis 50 s Stundenlohn 35 s, über 50 s Stundenlohn 40 s. Der Streikfondsbeitrag kommt in Wegfall. Von den Einnahmen sind 80 pSt. der Hauptkasse zuzuführen. Die Kollegen Burgbold, Fuchs und Geier. Schmidt sprechen sich zum stimmend über den Antrag aus, der denn auch gegen eine Stimme angenommen wird.

Eine Versammlung der Zahlstelle Aitzsch beschloß dafür einzutreten, daß bei einem Stundenlohn von 28 s ein wöchentliches Beitrag von 20 s gezahlt, aber der Streikfonds befreit werde.

Die Kollegen der Zahlstelle Dudenhofen (Essen) erklärten sich in ihrer Versammlung am 4. d. M. bereit, für eine Beitragserhöhung um 5 s pro Woche einzutreten, doch müsse der Streikfondsbeitrag aufgehoben werden, weil sonst der Austritt vieler Mitglieder oder gar die Auflösung der Zahlstelle zu befürchten wäre. Ferner empfehlen sie die Erhöhung des Beitrags um 60 s auf eine Mark.

Die Mitglieder der Zahlstelle Griesheim beschloßen, für eine Erhöhung des Wochenbeitrages auf 35 s einzutreten, dafür aber zu fordern, daß der Streikfondsbeitrag wegfällt. Einer Erhöhung des Beitrages um 6 s unter Wegfall der Beiträge zum Streikfonds stimmen auch die Mitglieder der Zahlstelle Elingen zu.

Vorbekanntlich der Genehmigung des Verbandstages beschloß die Zahlstelle Mainz die Einführung eines Wochenbeitrages von 30 s.

Einen Einheitsbeitrag von 30 s pro Woche einzuführen und den Streikfondsbeitrag wegzulassen zu lassen, empfiehlt die Zahlstelle Göschel a. d. Moser.

Am Sonntag, den 27. November, fand im Restaurant „Belvedere“ in Zwickau eine öffentliche Mauererversammlung statt, welche sich mit der Beitragsfrage beschäftigte. Kollege Berger machte zunächst darauf aufmerksam, daß hier laut Statut dem Verdienst angemessen die Wochenbeiträge erhöht werden müssen. Hierüber entwickelte sich eine lebhafte Diskussion. Eine Resolution fand Annahme, in welcher bestimmt wurde, 6 s wöchentlich mehr zu zahlen, also für nächstes Jahr 30 s. Der Streikfonds bleibt bestehen und zahlen verbeitragskollegen 30 s und ledige Kollegen 60 s wöchentlich.

In der Zahlstelle Aitman wurde beschlossen, dafür einzutreten, daß überal, wo ein Lohn von 30 s pro Stunde verdient wird, der Beitrag 20 s zu betragen hat, daß aber Streikfondsbeiträge nicht mehr erhoben werden. Es wurde einstimmig angenommen, daß bei dieser Beitragshöhe dem Verbands mehr Mitglieder zugeführt würden. Auch sei es notwendig, daß eine Gleichstellung im Beitrage mit den umliegenden Zahlstellen herbeigeführt werde, damit nicht die auswärtsigen Kollegen, wie z. B. die aus dem Neckarumkreis stammenden, ausbleiben und in Neckarumde oder Ostmainzahl eintreten, weil sie es dort billiger haben, wie sie sagen.

In der am 8. Dezember in der Zahlstelle Wald abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde beschlossen, der Beitrag von 15 auf 20 s zu erhöhen, dagegen die Streikfondsbeiträge von 20 auf 10 s herabzusetzen, damit die Zahlen vertheilt werden, denn zum Streikfonds beizutragen, finden die meisten Kollegen hier gar nicht für möglich.

In der am 4. Dezember abgehaltenen Mitgliederversammlung der Zahlstelle Gasse wurde betreffs der Beitragsfrage beschlossen, den wöchentlichen Beitrag von 20 auf 30 s zu erhöhen unter Wegfall der Streikfonds.

Am 20. November hatte die Zahlstelle Offenbach eine Mitgliederversammlung, in welcher die Beitragsfrage erörtert wurde. Es wurde der Beschluß gefaßt, der Streikfonds fallen zu lassen und den Wochenbeitrag auf 30 s zu erhöhen.

Die Zahlstelle Dudenburg beschloß zur Beitragsfrage am 3. Dezember, daß bis zu 30 s Stundenlohn 40 Wochen 30 s und die übrigen 12 Wochen (Wintermonate) 10 s Beitrag zu zahlen sind, unter Wegfall des Streikfonds. Bei höheren Löhnen ist der Beitrag diesen entsprechend festzusetzen.

In der Mitgliederversammlung der Zahlstelle Soltmann am 1. Dezember stimmten alle anwesenden Kollegen für eine Erhöhung der Wochenbeiträge um 10 s, unter Fortfall der Streikfondsbeiträge für die Mitglieder.

Die Zahlstelle Elmshorn beschloß, zu empfehlen, daß die Beiträge nach folgender Scala festgesetzt werden. Der Beitrag beträgt bis zu M. 3 wöchentlich 15 s, bis M. 3,50 25 s, bis M. 4,50 35 s, bis M. 5,50 45 s, über M. 5,50 60 s. Von den Einnahmen sollen 85 pSt. der Hauptkasse zugeführt werden und nur 15 pSt. sollen für örtliche Ausgaben in den Zahlstellen verbleiben.

Die Zahlstelle Aitzsch beschloß in ihrer am 7. Dezember abgehaltenen Mitgliederversammlung, in der ungefähr 250 Kollegen anwesend waren, die Beiträge zu erhöhen. Die örtliche Verwaltung hatte eine Form betreffs der Beitragserhöhung ausgearbeitet, welche der Versammlung vorgelegt wurde. Danach sollte der Beitrag nach Tagelohn eingeführt werden, und zwar für einen Lohn bis M. 3— 25 s, bis M. 4— 30 s, bis M. 5— 40 s, bis M. 6— 50 s, über M. 6— 60 s wöchentlich Beitrag. Der Streikfonds kommt jedoch in Wegfall. Mehrere Redner billigten den Vorschlag der örtlichen Verwaltung und erachteten es als eine Naturnotwendigkeit, die Beiträge zu erhöhen, wenigstens eine Neuregelung der Streikfondszahlung vorzunehmen, weil der jetzige Modus der Streikfondszahlung eine zu ungerechte Belastung der Kollegen ist. Auch die Hauptverwaltung wäre bei einem progressiven Beitrag besser in der Lage, die Klassenverhältnisse, verbunden mit den Lohnbewegungen, zu überschauen. Ebenfalls werden auch diejenigen Zahlstellen, die Nichts dem Streikfonds zuzuführen, mit einem progressiven Beitrag besser getroffen. Mehrere Kollegen waren aber entgegen einer Erhöhung der Beiträge, weil sie befürchteten, daß ein Rückgang in der Organisation erfolgen würde. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen: „Die Mauerer Aitzsch erklären sich, dem Prinzip nach, mit der Erhöhung der Beiträge einverstanden. Die Regelung derselben bleibt dem Verbandstage überlassen.“

In der am 6. Dezember abgehaltenen Versammlung der Zahlstelle Schweinitz i. M. sprachen sich die Kollegen für eine Erhöhung der Beiträge aus, aber unter Wegfall der Streikfondsbeiträge; für Schweinitz wurde ein wöchentliches Beitrag von 30 s in Vorschlag gebracht. Von der Mehrzahl der Redner wurde der Wunsch ausgesprochen, dem Delegierten ein gebührendes Mandat mitzugeben.

In der Versammlung der Zahlstelle Weiskene vom 2. d. M. wurde von verschiedenen Rednern die Meinung geltend gemacht, daß bei einer Vermehrung des Verbandsbeitrages mit dem Streikfondsbeitrag sich die Mitgliedszahl wesentlich erhöhen würde. Die Beiträge müßten dem Lohnsatz angepaßt

werden und zwar in der Weise, daß jedesmal der verdiente Stundenlohn als Beitragsnorm festgesetzt werde. Von anderen Nebenher wurde dagegen ausgeführt, daß es besser sei, den Verbandsbeitrag um 5 A zu erhöhen, den Vertrieb der Streifbonsmarken aber in der bisherigen Weise beizubehalten. Durch diesen Modus würden auch die Inorganisirten zu Leistungen herangezogen und die Verbandskollegen brauchen bei Streiks die Besche nicht allein zu bezahlen. Folgender Antrag gelangte zur Annahme: Da für das Jahr 1893 bereits 46-50 Lohnbewegungen und Streiks beim Hauptvorstand angemeldet sind, und die Verbandskasse (öffentlicher Streifbons) nicht genügend Mittel besitzt, so wünscht die Versammlung, daß die wöchentlichen Beiträge durchschnittlich um 5 A erhöht werden, unter Berücksichtigung der Streifbonsmarken.

Am Sonntag, den 27. November, tagte im „Weißen Kirch“ in Westerbüchen die Mitgliederversammlung der Zofstiftung Fernerfelden. In derselben wurde über die Beitragsfrage diskutiert. Nachdem von mehreren Kollegen vorgeschlagen war, 35 A wöchentlichen Beitrag zu zahlen unter Wegfall der Streifbonsmarken, stimmten bei der Abstimmung sämtliche Kollegen für den Vorschlag. Anwesend waren ca. 30 Mitglieder. Für eine Erhöhung des Beitrags bis zu 20 A pro Woche erklärte sich die Zofstiftung Gelsenkirchen, doch soll der Streifbonsbeitrag in Wegfall kommen. Die Kollegen erwarten von dieser Beitragserhöhung eine Stärkung des Verbands.

Die Kollegen der Zofstiftung Forstheim beschlossen am 8. Dezember in einer schwach besetzten Mitgliederversammlung, die Beiträge um 5 A zu erhöhen mit Berücksichtigung des Streifbonsmarkens. Weiter glauben die Kollegen, daß es angebracht wäre, wenn fernestich 80 Pct. der Einnahme an die Hauptkasse eingehändelt werden.

Die Zofstiftung Ruppertsheim erklärte sich für die Einführung eines Wochenbeitrages von 30 A unter Wegfall des Streifbonsbeitrages.

Um die Zofstiftung vor gänzlicher Auflösung zu schützen, beschloßen die Kollegen in Kassel den Wochenbeitrag von 15 A beizubehalten, verpflichteten sich aber, alle vierzehn Tage eine Streifbonsmarke zu entnehmen.

Die Zofstiftung Coburg erklärte sich gegen eine Beitrags-Erhöhung, sie ist aber dafür, daß künftig 80 Pct. der Hauptkasse zugeführt werden.

Auch die Zofstiftung Elmberg wendet sich gegen eine Beitrags-Erhöhung. Sie meint, daß in Rücksicht auf die vielen Indifferenten und diejenigen Kollegen, die dem Verbands-Heftungslos gegenüberstehen, eine Beitrags-Erhöhung nicht am Platze sei. Bei den jetzigen Beiträgen und dem jetzigen Zahlungsmodus sei es eher möglich, diese Kollegen für den Verband zu gewinnen.

Wiel sie einen Abgang der Organisation festhielten, erklärten sich die Mitglieder in Markthausen gegen eine Beitrags-Erhöhung.

Mit neun gegen acht Stimmen erklärte sich die Zofstiftung Garmisch gegen eine Beitrags-Erhöhung. Während die Mitglieder für eine Erhöhung des Beitrags um 5 A pro Woche eintrat, dafür aber allerdings den Streifbonsbeitrag abgedacht wissen will, entschied sich die Majorität für Beibehaltung der jetzigen Beiträge.

Gegen eine Beitrags-Erhöhung wendet sich auch die Zofstiftung Eibenhausen. Sie beklagt, daß eine größere Beitrags-Erhöhung die Agitation unter den Landgefehlen, die dort in großer Zahl vorhanden, dem Verbands aber noch nicht angehörend, sehr erschweren würde.

Die Zofstiftung Weibern sprach sich ebenfalls gegen eine Beitrags-Erhöhung aus mit der Motivierung, daß der niedrige Lohn von M. 2,25-2,50 täglich eine höhere Besteuerung nicht zulasse.

Gegen jede Beitrags-Erhöhung sprach sich in ihrer Versammlung am 27. November die Zofstiftung Hünfelden aus. Es wurde allgemein geltend gemacht, daß es schon bei einem Beitrage von 15 A resp. 20 A schwer halte, die Kollegen zum Verband heranzuziehen. Die Zofstiftung hat sich am 18. April mit sechs Mitgliedern gegründet. Durch unermüdeliche Agitation ist es ihnen gelungen, die Mitgliederzahl bis auf dreißig zu bringen. Würde jetzt der Beitrag auf 25 oder 30 A erhöht werden, so wäre voraussichtlich alle Mühe und Arbeit vergebens gewesen - die Mitglieder würden dem Verbands wieder fern bleiben. Man dürfe doch nicht so leichtig sagen, wie dies der Kollege Schneider-Mann auf der Konferenz in Darmstadt gesagt habe: „Daß 10 000 austretet“, denn dann brauche man keine neuen Agitationsberichte zu schaffen, sondern dann seien auch die schon bestehenden überflüssig.

In Wochum wurde in der am 8. Dezember stattgefundenen Mitgliederversammlung Stellung zur Beitragsfrage genommen. Die Wochumer Kollegen sind gegen eine Erhöhung der Beiträge, es soll aber ein einheitlicher Beitrag von 20 A pro Woche in sämtlichen Zofstiftungen erhoben werden. Die Sammlungen zum Streifbons sollen in der bisherigen Weise beizubehalten werden; überall wo irgend möglich, sollen die Sammlungen obligatorisch eingeführt werden. Das Eintrittsgeld ist von 50 A auf eine Mark zu erhöhen. Dem Delikt zum Verbandszuge soll in der Beitragsfrage freie Hand gelassen werden.

Gegen eine Erhöhung der Beiträge erklärte sich die Zofstiftung Galdersbach. Sie ist aber dafür, daß für zwei Wochen Beiträge mehr erhoben werden.

Die Zofstiftung Schepfach erklärte sich in der am 9. Dezember stattgefundenen Versammlung gegen eine Beitrags-Erhöhung, weil sie befürchtet, durch eine Erhöhung viele Mitglieder zu verlieren.

Aus denselben Gründen erklärte sich auch die Zofstiftung Erier gegen eine Beitrags-Erhöhung. Dagegen beschloß sie, zu empfehlen, daß statt 25 Pct. nur 15 Pct. für drückende Ausgaben in den Zofstiftungen verbleiben.

Für obligatorische Einführung des Streifbonsbeitrages, aber gegen jede Erhöhung des wöchentlichen Beitrages erklärte sich die Zofstiftung Wittenburg, doch ist sie dafür, daß 80 Pct. der Einnahmen an die Hauptkasse abgeführt werden.

In der am 4. Dezember abgehaltenen Versammlung der Zofstiftung Huerburg wurde einstimmig beschlossen, den Beitrag in seiner jetzigen Höhe und Form mit dem Streifbons beizubehalten. Weiterer ist hier am Ort obligatorisch, und muß jeder Kollege, der in Arbeit steht, die Woche 10 A zahlen. Dadurch wird dieselbe Einnahme erzielt, als mit der Erhöhung des Wochenbeitrages auf 25 A.

Die Zofstiftung Weidburg kann sich ebenfalls nicht für eine Erhöhung der Beiträge erörtern. Um mehr Mittel aufzubringen, empfiehlt sie, im Sommer öfter Sammelbögen zirkulieren zu lassen.

Rundschau.

* **Geld-Statistik.** Die Verurtheilten wegen Diebstahl und Obdachlosigkeit (§ 361 Nr. 4 und 8 des Strafgesetzbuchs) neueste Verurtheilung des Reichsgerichts vom 1. März 1893, betrafte 14 die nach dieser Übersichts-Zusammenstellung sind im Ganzen wegen Diebstahl 8017 männliche und 164 weibliche Personen verurtheilt worden. Am zahlreichsten ist unter den Männern die Klasse der Arbeiter vertreten, und zwar haben von ihr die meisten Verurtheilten, nämlich 471, den Vorstrafen-Charakter. Dem Berufsstand nach kommt etwa der größte Theil der Verurtheilten aus Berlin, etwa der dritte Theil aus dem Provinz Brandenburg, nach ihr hierher das größte Kontingent die Provinzen Schlesien (1177), Posen (648), Hannover (28) waren aus Mecklenburg-Strelitz gebürtig; Ausländer betrug 196 beim Weiblichen. Unter den 164 weiblichen Personen haben zwei als ihren Beruf „Schiffsdienerei“ angegeben.

Wegen Obdachlosigkeit wurden insgesamt 1416 Personen, darunter 47 weibliche, verurtheilt. Auch hier überwiegt der aus der Provinz Brandenburg, dann folgen wieder die Provinz Schlesien mit 193, Posen mit 94. Die Mehrzahl der Verurtheilten und Obdachlosen gehörte dem besten Mannesalter (30 bis 50 Jahre) von der beiden Vorjahre gefolgt ist, hat sich der Verurtheilten in den drei letzten Jahren erheblich vermindert. Unter den Weiblichen betrug 14, die in männlichen Jahre worden waren; unter den Obdachlosen gab es zwei, die fünfmal bestraft worden sind. Wegen sittenpolizeilicher Konventionen wurden 11 796 Personen verurtheilt, gegen 18 893 des Vorjahres, nahezu 800 der Verurtheilten wurden aus Anstalts-Anstalts-Heilanstalt zu Nimmelsburg beurlaubt. In hiesigen Verhältnisse 1897 bis dahin 1898 insgesamt 1025 Personen, davon stammten 785 aus Berlin.

Die Ziele unter den bestrafte Weiblichen und Obdachlosen sich befinden, die infolge von Arbeitslosigkeit mit den Bestimmungen des Strafgesetzbuchs in Konflikt gerathen sind, kann man annehmen, daß ihrer eine große Anzahl ist. Die vorstehend mitgetheilten Ziffern sind eine schwere Klage gegen die wirtschaftlichen Verhältnisse und die heutige Gesellschaft.

Wangenverleibtes.

* **Fähigkeit der Bauarbeit.** S. A. L. B. A. B. (G. B. R.) Am 3. Dezember, Vormittags, verunglückte der Maurer-Handwerk Friedrich Krause am Bau der südlichen Wabersackstraße, daß er beim Wachen von einem 2 m hohen Gerüst herabfiel und sich einen schweren Schädel- und Rückenbruch erlitt.

M. A. U. Am Samstag, den 3. d. M., Vormittags 8 Uhr, fiel auf der Baustelle Hegelheimerstraße bei der Firma Haus, J. A. L. B. der Maurer G. E. W. O. I. S. aus Bayern, 15 Jahre alt. Derselbe war mit der Mischung beschäftigt und fiel mit einem Schmelz in die Tiefe auf die eisernen Schienenanlage; die selbe war nicht abgedeckt, obwohl es das Gesetz vorschreibt. Er fiel abwärts 3 m tief und blieb schwer verletzt unten im Wassergraben liegen. - Am selben Vormittag, 11 Uhr, fiel ein Arbeiter an der Baustelle Hegelheimerstraße bei der Firma Haus, J. A. L. B. der Maurer G. E. W. O. I. S. aus Bayern, 15 Jahre alt, von dem Gerüst des dritten Stockwerks in die Tiefe. Auch hier war die nötige Brüstung nicht vorhanden, um einen Unfall zu vermeiden. Schwer verletzt wurden beide Kollegen in das Krankenhaus gebracht. - Wie folgt es auf dieser Baustelle auch, zeigt ein weiterer Vorfall, welcher 18 bis 20 Mann zu Mittag ereignete, zusammen. Wenn der Zusammenstoß eine Viertelstunde früher erfolgt wäre, hätte den Schwerverletzten und Tode zu beklagen gehabt. Und das Schicksal jener, wo der Arbeiter vor Witterungseinflüssen müssen aufgestellt, was auch bei der Bauzeit größere Schäden ein gerichtliches Nachspiel und werden vor später darüber Bauaufsicht liefert uns folgender Bericht: Die Firma G. E. W. O. I. S. führt in der Nähe des Bahnhofs auf der Lombardstraße für die Bahnbauverwaltung einen Neubau aus. Derselbe war bis zum Dachwerk vollendet. Am Samstag, Abends 7 Uhr 40 Min., gab die mittlere Pfeiler nach und der betreffende Bau stürzte in sich zusammen. Drei Stunden früher der Unfall und zwei Stunden später wäre der Arbeiter verunglückt gewesen. Die Reste des Bauwerks werden vollständig abgetragen. Der hieran die Schuld trägt, wird die nähere Untersuchung ergeben.

M. A. U. Am 7. d. M., Nachmittags 3 Uhr, stürzte in der Schilderstraße ein Maurerlehrling vom dritten Stock eines Neubaus herab und erlitt hierdurch eine Gehirnerschütterung. Die Rettungsanstalt brachte ihn schwer verletzten Anoden nach der chirurgischen Klinik. - Beim Bau an der Heilmannstraße wurde ein Arbeiter durch einen Balken auf den Kopf und den Rücken verletzt. Der Verletzte wurde sich nun an den Vorier der Unfall, er möge ihm (dem Zimmermann) einen der drei in der Heilmannstraße thätigen Verzei zuführen, wurde aber - es ist kaum zu glauben - von dem aufstrebend das Regiment führenden anderen Herrn Vorier abgewiesen. - In der Klingenerstraße stürzte ein Arbeiter vom Gerüst eines Neubaus herunter und fiel dabei die linke Schulter aus.

* **Moderne Baukunst.** (G. B. R.) Am 1. Dezember, Abends gegen 11 Uhr, stürzte in R. u. M. A. N. K. R. in der Hauptstraße, von dem Unternehmern W. M. I. S. I. S. aufgeführte Neubau, wohl infolge des heftigen Sturmes, ein, nur die Vorderfront blieb stehen. Ein beträchtlicher Theil des Bauwerks fiel auf eine daneben stehende Villa, gleichzeitigerweise ohne Schaden anzurichten. Infolge der Arbeit, sowie infolge der Material- und Bauweise wurde in dem Gebäude ein großer Schaden an den Wänden und an den Fenstern verursacht. Bei demselben Untergang wurde bereits im vorigen Winter ein Bau wegen drohender Einstürze eingestellt worden.

* **Ein städtischer Wohnungsinспектор.** Die Bestellung eines städtischen Wohnungsinспекtors beschloß der Gemeinderath von Straßburg i. E. am Antrag des Bürgermeisters Bad. Der Wohnungsinспектор hat sich in den Wohnungen, die die städtische Wohnungskommission als ungesund bezeichnet hat, von dem Stande der angeordneten Verbesserungen nachzugehen und bis in die Einzelnheiten hinein anzugeben, was zur Beseitigung des ungesunden Zustandes der Wohnungen geistehen soll.

* **Die Baufähigkeit in Dresden** und dem der baupolizeilichen Aufsicht des Reiches unterstehenden Theile des Reichs im Jahre 1897 gewährte folgendes Material: 166 Neubauten von Wohnhäusern in geschlossener Bauweise, 166 Neubauten von Wohnhäusern in offener Bauweise, 66 Neubauten unter 35 mit Garten- und Stallgebäuden mit Wohnungen, darunter 25 mit Gewerbeanlagen, 3 Gebäude zu Verwaltungsverwecken (für die Staatskanzlei und die städtische Steuerkontrolle), 2 Schulen, 2 Internatistisches Schulen, 1 Hospital, 2 Kirchbauten, 2 Mäher, 1 Kranken-Heilanstalt (Gorkowstraße), 3 Gebäude für Feuerwehrräume, 3 Neubauten für Verfahrwege, 14 Neubauten von Fabriken, Werksstätten, Nebengebäude ohne Wohnungen, 420 Neubauten von Schuppen, Gartenhäusern, Treppenhäusern, Ställen und anderen Nebengebäuden ohne Wohnungen, 62 Neubauten neuer Räume an bestehende Bauten, darunter 16 Neubauten, 26 Ums- und Aufbauten, durch die neue Wohnräume entstanden, 104 Umbauten von Wohn- zu Gewerkeräumen, 26 Erweiterungen zu Gewerbeanlagen, Schuppen usw., 69 Gebäuderückbauten, 21 Dampfesselanlagen. Nach der Lage in der einzelnen Stadtvierteln wurden die Neubauten rechnet in der Altstadt und der inneren Vorstädten 21 Wohnhäuser in geschlossener und 2 in offener Bauweise, in den städtischen Vorstädten 19 und 40, in der äußeren Vorstädten 60 und 102, in der Neu- und Antonstadt 89 und 18, in der Zeitziger Vorstadt 14 und 1, in der Friedrichstadt 6, zusammen 186 Wohnhäuser in geschlossener und 168 in offener Bauweise. Die in den ausgedehnten Vorstädten folgenden Neubauten gruppieren sich nach Zimmer, 1244 Wohnungen mit 2 heizbaren Zimmern, 907 Wohnungen mit 3 heizbaren Zimmern, 829 Wohnungen mit 5 oder mehr heizbaren Zimmern, 20 durch An- oder Umbau getonnene Wohnungseinheiten. Dresden hat mithin im vorigen Jahre einen Zuwachs von 3569 Wohnungen mit einer Gesamtzahl von 82 000 Zimmern erhalten. Nach der Höhenlage erstreckt die Neubauten des Jahres 1897 103 Wohnungen im Bergeloch, 821 im Bergeloch, 788 im ersten Obergeschloß, 787 im zweiten Obergeschloß, 31 in mehreren Geschossen, 428 im vierten Obergeschloß.

* **Zur Baufähigkeit in Berlin im nächsten Jahre** schreibt die Baugewerks-Zeitung: Durch die andauernde Vertheuerung des Geldes und die immer größer werdende Schwierigkeit, Hypothekengeld zu bekommen, wird die Baufähigkeit im nächsten Jahre voraussichtlich stark eingeschränkt werden. Das sogenannte Baurentensystem, welches nur dann aufrechterhalten werden kann, wenn ihm willig Kapitalienkapital in großer Höhe zufließt, ist schon jetzt völlig lähmgelegt, da ihm keine Personalarbeit seitens der Städte und Holzhandeler entgegen ist. Hierzu kommt, daß der steigende Preis der Baugewerksarbeiten immer mehr in die Höhe treibt. Nicht schon kosten die Steine M. 27-29 als Rohmaterial M. 20 im Einzelnen, und der genannte Ring, der fast sämtliche Baugewerksarbeiten, selbst in weiterer Entfernung um Berlin, vereinigt, hat die Baufähigkeit, die Baupreise noch weiter zu erhöhen durch Einschränkung der Produktion. Der Ring, welcher eine Aktiengesellschaft ist, will, wie wir hören, für dieses Jahr 50 Pct. Dividende zahlen. Das unter dieser Verpflichtung die Baufähigkeit nicht gut sind, dürfte auf der Hand liegen. Bei dieser Gelegenheit möchten wir übrigens darauf hinweisen, daß besonders in den westlichen Stadtteilen die luxuriöse Ausstattung der Häuser in ganz ungerechtfertigter Weise überhand nimmt. Dadurch und durch die hohen Baupreise, sowie durch die hohen Baumaterialienpreise entsteht ein so hoher Gestaltungspreis der Wohnungsbau, daß ein einzelnes Zimmer kaum noch für eine geringere Jahresrente als M. 600 abgegeben werden kann, wenn das Baupreisniveau der M. 500 abgeben werden sollte. Eine solche Miete ist zu zahlen, werden aber nicht sehr wenig bezogen in der Lage sein. Und darum glauben wir, daß schon im nächsten Jahre eine Art von Sanierung in jener Gegend eintreten muß, wenn nicht bald eine Verbilligung des Hypothekengeldes und ein Nachlassen der Geldknappheit eintritt, wofür bis jetzt wenig Aussicht vorhanden ist.

Lohnbewegungen und Streiks.

* **Maurer.** Die Zofstiftung Norden richtete am 15. November an die Innungsmeister des Gesch. vom nächsten Jahre ab die zehn-tägige Arbeitszeit mit einer entsprechenden Lohnbewegung einzuführen. Die Innungsmeister haben dem Antrag Folge gegeben und tritt der neue Arbeitszeit- und Lohnsatz mit dem 20. März n. J. in Kraft.

Reiseunterstützung
 wird vom 1. Dezember an gezahlt. Die Höhe der Unterstützung beträgt 60 M. und kann in der Zeit vom 1. Dezember bis 31. März nur einmal an ein und dasselbe Mitglied, welches sich in Besitz einer vom Vorstande ausgestellten Reiseunterstützungskarte befinden muß, gezahlt werden.
 In Zahlstellen, die für mehr als einen Tag Unterstützung zahlen dürfen (siehe Zahlstellenverzeichnis Seite 2), kann die Auszahlung nicht auf einmal für alle Tage erfolgen, sondern nur an jedem Tage 60 M. Die Unterstützung muß für alle zulässigen Tage nacheinander erhoben werden, eine spätere Erhebung des Restbetrags ist unzulässig.
 Zahlstellen, die im Verzeichnis und Zahlstellenverzeichnis mit einem * oder † bezeichnet sind, zahlen keine Reiseunterstützung aus.

Vom Vorstande bekräftigt
 sind die neu gewählten Verwaltungsbekannteren der Zahlstellen Hoffentlicher, Kempten, Remscheid, Hildsburghausen, Gmündheim und Ober-Eisenbach.

Ausgeschlossen
 wurden auf Grund § 15 a resp. b des Statuts von der Zahlstelle **Weiterstadt**: Reinhard Seidel (Buch-Nr. 40246); von der Zahlstelle **Göthenhain**: Georg Steinbauer (Buch-Nr. 014077); von der Zahlstelle **Söllingen**: P. Scherer (Buch-Nr. 83759).

Als verloren
 gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Heinrich Raube (Buch-Nr. 87168), Dietrich Peters (Buch-Nr. 42588), Ernst Steinmann (Buch-Nr. 60788); dieselben werden hiermit für ungültig erklärt.
Der Vorstand.
 F. M. L. J. Dömlenburg, Vorsitzender.

In der Zeit vom 29. November bis 5. Dezember sind folgende Beträge bei mir eingegangen:

Hauptkasse.
 Von der örtlichen Verwaltung in Leipzig M. 800, Dresden 800, Berlin 1 800, Altona 850, Herford 160, Berlin III 160, Biegnitz 90, Neudorfenberg 90, Zeitz 75, Friedrichsfelde 50, Eisenburg 50, Waldorf i. G. 50, Spandau 40, Meuselwitz 39,80, Blaue a. d. Gabel 22,50, Gr. Kreuz 11,45, Cahars 5, Eisingen 5,94, Freyburg 200, Bielefeld 200, Diesdorf 20, Ribed 231,70, Nitzdorf 200, Großitz 94,03, Serne 80, Götlin 60, Weller b. Magdebg. 31,90, Cöpenitz 200, Helgen 80, Nienburg 75, Giesler b. Schweiditz 49,65, Schweinfurt 48,80, Tarnbach 30, Jena 25, Wegschad 22,30, Hirschheim 18,04. Summa M. 5209,11.

Streifkassen.
 Leipzig M. 3000, Mühlenschleben 200, Bremen 170, Herford 20, Biegnitz 101,50, Zeitz 25, Friedrichsfelde 50, Eisenburg 50, Waldorf i. G. 50, Spandau 42, Gerurt, Herbstleben, Geseke 100, Gr. Kreuz 2,50, Meuselwitz 10, Bielefeld 100, Diesdorf 70, Großitz 10, Serne 10, Weller b. Magdeburg 15,10, Helgen 20, Nienburg 23,75, Schweinfurt 15,90, Jena 55, Hirschheim 11,21, Gesehacht (Römer) 2. Summa M. 4138,11.
 S a m b u r g, den 6. Dezember 1898.

F. Köster,
 Hamburg - St. Georg, Neue Bremerstr. 16, I. Et.

Zentral-Krankenkasse
 der Maurer, Gypser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“ (s. J. Nr. 7).
 In der Woche vom 27. November bis 3. Dezember sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Berlin M. 8000, Hamburg 500, Nitzdorf 300, Jahnd 100. Summa M. 8900.
 Aufschüsse erhielten: Mts-Warffan M. 200, Dresden-Striesen 200, Weichenbach 100, Eggen 100. Summa M. 600.
 L i o n a, den 8. Dezember 1898.
 Karl Reih, Hauptassistent, Friedrichsstraße 28.

Anzeigen.

Nachruf.
 Am Freitag, den 2. Dezember, verstarb nach langem Leiden unser treuer Verbandsmitglied, der Maurer **Paul Schulz,** (M. 8,80) im Alter von 26 Jahren.
 Wir bewahren ihm ein treues Andenken!
 Die Zahlstelle Landsberg a. d. W.

Nachruf.
 Am Donnerstag, den 1. Dezember, verschied nach sehr leidenschaftlichem schweren Leiden unser tüchtiger, braver Verbandskollege **Heinrich Werner** in seinem 27. Lebensjahre.
 Ehre seinem Andenken!
 (M. 8,80) Die Zahlstelle Egelsbach.

Todes-Anzeige.
 Am 29. November geramalte ein Eisenbahngang auf der Arbeitsstätte zwischen Freitzsch und Göttha unseren treuen Verbandskollegen **Karl Möller** im 19. Lebensjahre. (M. 8,80)
 Ehre seinem Andenken!
 Die Zahlstelle Friedrichroda in Thüringen.

Nachruf.
 Am 7. November wurde uns unser treuer Kollege **J. Köller** aus Nienburg a. d. O. im Alter von 26½ Jahren nach langem, schmerzhaftem Leiden durch den Tod entzogen.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Zahlstelle Travemünde. (M. 8,80)

Nachruf.
 Am Freitag, den 2. Dezember, verschied nach längerem Siechtum unser Ehrenmitglied des Verbandes der Maurer **Heinrich Demaré** im Alter von 55 Jahren. Wir werden denselben stets ein ehrendes Andenken bewahren.
 Die Zahlstelle Bielefeld. (M. 8,80)

Nachruf.
 Am 28. November starb nach kurzem Leiden unser treuer Verbandskollege, der Maurer **Richard Bindernagel,** im Alter von 20 Jahren.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Zahlstelle Wöls. (M. 8,80)

Zahlstelle Bielefeld.
 Den verehrten Kollegen zur Nachricht, daß sich unsere Gerberge jetzt im Gasthause „Zum deutschen Hanse“, Siegenwärdstraße, Gastwirt Herr Pieper, befindet.
 Die örtliche Verwaltung. (M. 1,80)

Leipzig. Zur Beachtung! Leipzig.
 Das Verzeichniss der Maurer Leipzigs befindet sich Große Pfeifersstraße 14, 1. Etage rechts. Alle den Verband der deutschen Maurer betreffenden Angelegenheiten, sowie die Auszahlung der Reiseunterstützung auf zugehörige fremde Kollegen werden hier selbst erledigt. (2,10) G. Jacob, Verbandsmann.

Für reisende Kollegen.
 Die Reiseunterstützung wird vom Kollegen Georg Fröhling, Weingartenstr. 19 L., ausbezahlt. 25 M. Entgelt, wofür es eine Marke gibt, werden in Bezug gebracht. Rückkehr und Herberge bei Herrn G. Thilo, Ritterstr. 2.
 Die Ortsverwaltung Minden i. W. (M. 2,10)

Zahlstelle Rixdorf.
 Der Maurer **Fritz Primke** (Buch-Nr. 63825) wird aufgefordert, seinen Verpfändungen obiger Zahlstelle gegenüber umgehend nachzukommen, widrigenfalls wir uns genötigt sehen, andere Maßnahmen zu treffen.
 Die örtliche Verwaltung. (M. 2,10)

Verichtigung.
 Der in der Nummer des Monatsheftes und Umgebend in der letzten Nummer betragene Maurer heißt **Agnes Werl** (Buch-Nr. 26917) und nicht Weel, wie es da heißt.
Zahlstelle Helmstedt.
 Zu unserem am 18. Dezember im Saale des Herrn Seelke stattfindenden Verbands-Ball ladet nochmals die Zahlstelle freundlichst ein **Das Comité.** (M. 1,80) Anfang 8 Uhr. 28

Nichtung, Stukkateure!
 Das Verzeichniss der Stukkateure von Dresden und Umgebend befindet sich im Gasthause „Zur Deutschen Gasse“ Nr. 15. Warme Speisen zu jeder Tageszeit. Gute Bier. Willige Uebernachtung.
Gottlieb Kaubisch.

Man achte genau auf die Hausnummer 45.

Eigene Fabrikation schwerer Arbeitsgarderoben.

Anerkante Qualitäten! Berühmt durch Solidität und Schnitt.

MM. Mosberg Versand portofrei gegen Nachnahme nach allen Plätzen.

Extra schwere Isländer, Hemde, wasserdichte Blousen, Unterzeuge, Winterjackets.

Ausrüstungen für Maurer!

Man achte genau auf die Hausnummer 45.

Kollegen Deutschlands! 28. November, prima, 2 F. Schuler, M. 6. Seite Hamb. Becherchen I. M. 8, 50, II (2) F. Schuler M. 4, 80, III M. 2, 50 portofrei. Streng reell. Nicht Gefalsend. nehme retour. Hoff. Hohlfeld, Dresden-N., Ritterstr. 4.

J. Blume & Co., Hamburg.

EINGETRAGENE



SCHUTZ-MARKE

Täglicher Versand unserer bekannten, echt englisch-lebnerischen und Manufaktur-Arbeits-Artikel und Isländer-Jaden. Winter- u. Preisfortaurant gratis.

J. Blume & Co., Hamburg.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW.
 Wir empfehlen hierdurch die soeben erschienene Schrift:
Attentate und Sozialdemokratie.
 Preis 10 M. Von A. Bebel. Porto 3 M.
 Agitations-Ausgabe: 1000 Exemplare M. 15.
 Im Augenblick, da in Rom die Anarchistenkonferenz zusammentritt, kommt diese Schrift gelegen, die nicht bloß die nichtswürdigen Pläne der Attentäter entlarvt und den selgen Mürgerhem von heute den Spiegel der eigenen Vergangenheit vorhält, sondern auch kurz und scharf die Grenzlinie zieht, welche Sozialdemokraten und Anarchisten in Theorie und Praxis trennen — kurz eine Schrift, die bisher in der Parteiliteratur gefehlt hat.

Für den **Reifeunterricht** empfehlen wir besonders:
Das Buch der Jugend.
 Von Emma Adler.
 In geschmackvollem Leinen-Einband M. 1. Porto 30 M.
 Wer seinen Kindern ein wirklich gutes und schönes Buch geben will, das nicht nur den Durst nach Wissen und Unterhaltung stillt, sondern auch der Geist der Liebe und Freiheit im Kindesherzen pflanzt, der gebe ihnen das nur noch in beständiger Umlauf vorhandene, 14 Wogen starke „Buch der Jugend“.

Genossen! Kauff nur den **„Einigkeit, Solidität“** von **Jean Bos, Stein bei Nürnberg.**

Arbeitsmarkt

20 tüchtige Maurer finden Winterarbeit bei hohem Lohn. K o c h & R a l m u s, Baugeschäft, Herzdorf b. Rauban i. Schief.

Versammlungs-Anzeiger

Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen mit dem Entscheidungsbeleg der jeweiligen Nummer des Monatsheftes und Umgebend in der letzten Nummer betragene Maurer heißt **Agnes Werl** (Buch-Nr. 26917) und nicht Weel, wie es da heißt.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonabend, 10. Dezember:
 Varel. Abends 8 Uhr bei Herrn Knipfer. Bisheriges Geschehen bringen erwünscht.
 Abends 8 Uhr. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Geschehen sämtlicher Mitglieder bringen nachzusehen.
Sonntag, 11. Dezember:
 Adlershof. Streifenarbeiten durchsichtig unterrichten! Rückständige Beiträge sind in dieser Versammlung zu entrichten.
 Cöthen. Abends 8 Uhr im Gasthause „Zum Engel“. Die rückständigen Beiträge sind in dieser Versammlung zu entrichten.
 Gräfenhainichen. Abends 8 Uhr im Restaurant „Krochewitz“. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.
 Herne. Abends 8 Uhr. In dieser Versammlung sind die rückständigen Beiträge zu entrichten und haben alle Mitglieder zu erscheinen.
 Landsberg a. d. W. Bisheriges Geschehen nachzusehen. Die rückständigen Beiträge sind in dieser Versammlung zu entrichten.
 Remscheid. Abhaltung der rückständigen Beiträge und besondere Angelegenheiten. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
 Sangerhausen. Abends 8 Uhr in Wilmers Restaurant. Die Kollegen werden bringen ersucht, zu erscheinen.
Sonabend, 17. Dezember:
 Hörde. Abends 8 Uhr bei Herrn Knipfer. Tagesordnung: Vortrag. Sämtliche Mitglieder müssen erscheinen.

Sonntag, 18. Dezember:
 In „St. Gertrauden“. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung haben sämtliche Mitglieder zu erscheinen.
 Abends 8 Uhr. Wegen wichtiger Tagesordnung müssen alle Kollegen erscheinen.

Verbandsversammlungen der Stukkateure.
Wittwoch, 14. Dezember:
 Hamburg. Abends 8 Uhr bei H. H. Rosenkr. Bericht vom Verbands-tage, wie auch sonstiges. Erscheinen aller ist notwendig.
 Druck: Hamburger Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Buer & Co. in Hamburg.